

Feier zum 50-jährigen Bestehen des Einwohnerrates Brugg
28. Juni 2016

50 Jahre Einwohnerrat Brugg

Guten Abend miteinander und herzlich Willkommen

Liebe ehemalige und aktive Mitglieder von Brugger Einwohner- und Stadtrat,

schön, dass Sie heute Abend in so grosser Zahl gekommen sind, um das 50-jährige Bestehen unseres Stadtparlamentes zu feiern. Sie alle haben mehr oder weniger lang, mehr oder weniger aktiv, darin mitgewirkt und sind damit ein Teil seiner Geschichte.

Der Wechsel von der Gemeindeversammlung zum Einwohnerrat stellte 1966 einen Pionierschritt dar, den Brugg als eine der ersten Gemeinden im Aargau überhaupt wagte.

Es waren nicht nur demokratische Überlegungen, die in Mitte der 60-er Jahre des vergangen Jahrhunderts im Kanton die ersten Einwohnerräte entstehen liessen, sondern auch ganz praktische Gründe: Mehrere grosse Gemeinden bekundeten zunehmend Mühe, an ihren Gemeindeversammlungen Verhandlungsfähigkeit zu erreichen. Nach Wahlgesetz musste dazu nämlich mindestens die Hälfte aller 20- bis 65-jährigen Stimmbürger anwesend sein. Andererseits machten es das damals einsetzende Bevölkerungswachstum und die Auseinandersetzungen um die Einführung des Frauenstimmrechts - das bedeutete, dass sich die Anzahl Personen, die an Gemeindeversammlungen teilnehmen können, mit einem Schlag verdoppelte - an vielen Orten schwierig, einen für so viele Leute überhaupt geeigneten Raum zu finden. Politabstinenz verbunden mit der Hoffnung, ein Gemeindeparlament belebe das politische Leben, einerseits, Platznöte aufgrund von Bevölkerungswachstum und Einführung des Frauenstimmrechts andererseits waren die Gründe, dass das Aargauer Volk 1963 einer Änderung im Gemeinderecht zustimmte und damit die Schaffung von Einwohnerräten ermöglichte.

Die Teilnahme an den Gemeindeversammlungen scheint auch den stimmberechtigten Brugger Männern eine eher lästige Pflicht gewesen zu sein. So war die Brugger Gemeindeversammlung zwischen 1948 und 1963 verschiedene Male nicht verhandlungsfähig. Dennoch kam Brugg nur mit knappen Zahlen zu einem Einwohnerrat: Lanciert hat seine Einführung der Landesring. Am 22. September 1964 wurde ein entsprechendes Begehren eingereicht. Es war mit 396 gültigen Unterschriften versehen, gerade sechs mehr als der Fünftel der Stimmberechtigten, die für einen solchen Vorstoss notwendig waren. Ziemlich knapp, mit 783 Ja gegen 701 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 79 Prozent, fiel dann am 6. Dezember 1964 auch der Entscheid an der Urne. Im Vorfeld der Abstimmung hatte sich insbesondere die Exekutive, der Brugger Gemeinderat, gegen die Abschaffung der Gemeindeversammlung geäussert. Anderer Meinung als der Gemeinderat waren die meisten Brugger Parteien: Die Freisinnigen, die Katholisch-Konservativen, der Landesring und die Liberalsozialisten waren für den Einwohnerrat, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei hatte Stimmfreigabe beschlossen, und nur die Sozialdemokraten wollten die Gemeindeversammlung beibehalten. Am

Schluss vermochten sich die Argumente der Befürworter durchzusetzen. Nach dem knappen Grundsatzenscheid Ende 1964, stimmten die Stimmberechtigten ein Vierteljahr später an der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 9. April 1965 einer neuen Gemeindeordnung mit überwiegendem Mehr zu, und nahmen diese schliesslich an der obligatorischen Urnenabstimmung vom 16. Mai 1965 sehr deutlich an, mit 1069 zu 271 Stimmen. Im Herbst 1965 fanden die ersten Einwohnerratswahlen statt. Der neu gewählte Rat tagte am 26. Januar 1966 zum ersten Mal.

Seit dieser ersten Ratssitzung hat sich im Rat einiges verändert. Insgesamt sieben Parteien waren im ersten Brugger Stadtparlament vertreten, genauso viele sind es heute. Dennoch wäre der Eindruck, dass sich die parteipolitischen Präferenzen in den letzten fünf Jahrzehnten nicht verändert hätten, falsch. Die meisten Parteien haben bessere und schlechtere Zeiten erlebt, einige sind verschwunden, andere neu aufgetaucht. Wie schon 1966 sind FDP, SVP, SP, CVP und EVP auch im aktuellen Einwohnerrat vertreten. Daneben stellen heute auch die Grünen und die Grünliberale Partei je eine Fraktion. Nicht mehr im Stadtparlament findet man hingegen den Landesring der Unabhängigen, der in der Anfangszeit des Brugger Einwohnerrats sehr aktiv war, 1989 dann aber erstmals nicht mehr zur Wahl antrat. Ebenfalls nicht mehr im Einwohnerrat vertreten ist die Gruppierung „Aktionsgemeinschaft parteiloser Bürger“, welche bei den ersten Wahlen als eigentliche Wahlsiegerin galt. Das „Team 67“, die Brugger „Wunschliste für parteiunabhängige Kandidaten“ und die „Auto-Partei - Die Freiheitlichen“ gehören zu den Gruppierungen, die im Verlauf der letzten fünf Jahrzehnte im Einwohnerrat aufgetaucht, dann aber wieder daraus verschwunden sind. Eine wichtige Veränderung im politischen Alltag der Stadt stellte die Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1971 dar. Zwar schafften bei den Gesamterneuerungswahlen von 1973, als die Brugger Frauen erstmals stimm- und wahlberechtigt waren, nur gerade 3 von 13 Kandidatinnen die Wahl ins Stadtparlament. Heute sind die Frauen auch in Brugg nicht mehr aus dem politischen Leben wegzudenken und ein aktiver Teil des Brugger Einwohnerrats. Aktuell besetzen sie 14 der 50 Sitze. Noch eine weitere Veränderung hat die Stadt seit den 1960-er Jahren erfahren. Neue Stadtteile sind zu ihr gestossen: 1970 Lauffohr und 2010 Umiken. Auch Bewohnerinnen und Bewohner dieser neuen Stadtteile sind im heutige Einwohnerrat vertreten.

Der Blick über die Stadtgrenze hinaus zeigt, dass im Aargau zwischen 1966 und 1974 insgesamt 15 Gemeinden einen Einwohnerrat eingeführt haben. Neben Brugg gehörten auch Neuenhof, Wettlingen, Wohlen und Zofingen zu den ersten, die diesen Schritt wagten. Nach 1974 entstanden keine neuen Gemeindeparlamente mehr. Im Gegenteil: fünf Gemeinden schafften ihre Einwohnerräte wieder ab und kehrten zur Gemeindeversammlung zurück: Spreitenbach, Suhr und Neuenhof 1985, Aarburg und Oftringen 1989. In neuerer Zeit scheiterten politische Anläufe zur Wiedereinführung der Einwohnerräte sowohl in Oftringen als auch in Rheinfelden. Aktuell kennen also 10 der 213 Aargauer Gemeinden einen Einwohnerrat. Neben Brugg sind das Aarau, Baden, Buchs, Lenzburg, Obersiggenthal, Wettlingen, Windisch, Wohlen und Zofingen.

Die Frage, welches System, Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung, besser zu einer Gemeinde passt, lässt sich nicht so allgemein beantworten. Sicher spielt die Gemeindegrösse dabei eine wichtige Rolle. Daneben gibt es aber noch weitere Faktoren, die ausschlaggebend dafür sind, welches System in einer Gemeinde zu qualitativ besseren Entscheidungen führt. Die Argumente für oder gegen ein Gemeindeparlament sind zum Teil noch dieselben, die Mitte der 1960-er Jahre die Diskussion in Brugg prägten, und wie sie der erste Brugger Einwohnerratspräsident, Herr Walter Meier, in

seiner Antrittsrede aufgenommen hat, als er den Ratsmitgliedern die Befürchtung der Bürger in Erinnerung rief, mit dem Abschied von der Gemeindeversammlung ihr unmittelbares Mitspracherecht in Gemeindeangelegenheiten zu verlieren. Auch von der Angst vor einer Verpolitisierung des Gemeindegewesens sprach er. Gleichzeitig hat er aber auch an die Hoffnungen und Erwartungen erinnert, die die Bewölkung in das neue Parlament setzte, und er rief die Ratsmitglieder dazu auf, ihr Amt so wahrzunehmen und so im Rat mitzuarbeiten, dass es möglichst viele Plus-Punkte zu buchen gäbe.

Dass wir heute hier zusammen feiern, beweist, dass sich diese Aufforderung offenbar nicht nur die Mitglieder des ersten Einwohnerrats, sondern Sie alle, die Sie in den letzten 50 Jahren Teil des Brugger Stadtparlaments waren, beherzigt und Ihre Aufgabe gut gemacht haben, dass Sie Ihr Amt ernst und Ihre Verpflichtung gegenüber der Stadt und ihrer Bevölkerung wahrgenommen haben.

Ich selber bin überzeugt, dass der Einwohnerrat auch heute das System ist, das zu Brugg passt. Meiner Meinung nach widerspiegeln die vom Rat gefassten Entscheide, die Vielfalt der Stadt und der Menschen, die in ihr leben, arbeiten oder sich in irgendeiner Form für sie engagieren, mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen, Erwartungen und Werthaltungen besser, als das von einer Gemeindeversammlung getroffene Entscheide könnten. Dass der Rat regelmässig zusammenkommt, ein kontinuierliche Austausch mit dem Stadtrat und eine vertiefte fachliche Auseinandersetzung mit den zu behandelnden Geschäften stattfindet, erachte ich als weiteres Argument für einen Einwohnerrat. Ich glaube, dass es im Hinblick auf die Vielfalt und die Komplexität der gesellschaftspolitischen Herausforderungen, denen wir uns heute stellen müssen, wichtig ist, dass Stadtrat und Verwaltung im Einwohnerrat ein starkes und gleichwertiges Gegenüber finden, das über genügend Kompetenz verfügt, um ihre Arbeit zu würdigen, sie aber auch immer wieder kritisch zu hinterfragen. Wichtig scheint mir aber auch wie das Regierungsrat Urs Hofmann am 14. März 2016 anlässlich der Feier zum 50-Jahres-Jubiläum des Einwohnerrats Zofingen gesagt hat, dass sich Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern bewusst sind, dass sie sich als Vermittler der Kommunalpolitik verstehen und nicht bloss als Akteure auf dem von aussen kaum wahrnehmbaren parlamentarischen Parkett. Solange uns das gelingt und wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern genügend qualifizierte, motivierte und engagierte Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren können, bin ich überzeugt, dass sich der Mut, den die Brugger Bürger vor 50 Jahren gezeigt haben, gelohnt, der Einwohnerrat den ihm damals geschenkten Vertrauensbonus verdient hat und auch in Zukunft seine Legitimation behalten wird.

Bevor ich das Wort zurück an den Stadtammann gebe, muss ich Ihnen noch gestehen, dass ich das, was ich Ihnen soeben erzählt habe, zum grossen Teil weder selber erlebt, noch selber recherchiert habe. Meine Rede ist, wie das heute „Gang und Gäbe“ ist, im Wesentlichen ein „Copy-Paste“ aus verschiedenen Quellen. Bedient habe ich mich im Protokoll zur ersten Brugger Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 1966, in der von Christoph Seiler und Andreas Steigmeier verfassten Geschichte des Aargaus, einem von Astrid Fuchs Baldinger für die Brugger Stadtgeschichte geschriebenen Beitrag, sowie einem in den Brugger Neujahrsblättern 1998 erschienen Artikel, in dem Rudolf Burger die Brugger Einwohnerratswahlen 1965-1997 analysiert hat. Inspirieren liess ich mich ausserdem von einem Anfang dieses Jahres im General-Anzeiger veröffentlichten Beitrag von Hans-Peter Widmer sowie einem vom Regionaljournal Aargau Solothurn am 15. März 2016 ausgestrahlten Beitrag mit dem Titel „Seit 50 Jahren gibt es im Aargau Einwohnerräte“.

Zum Schluss möchte ich es auch nicht unterlassen zu danken.

Ihnen, dass Sie gekommen sind.

Dem Stadtrat für die Einladung.

Und all denen, die hinter der Bühne für das Zustandekommen dieses Anlasses gewirkt haben, allen voran Frau Stadtschreiber Yvonne Brescianini und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkanzlei.

Herzlichen Dank!

28. Juni 2016

Barbara Horlacher

Präsidentin Einwohnerrat Brugg